

ANTWORTEN Lars HOFMANN, Die LINKE (Antworten gelb hinterlegt)

Frage 1:

Ab 2026 sollen in Deutschland US-amerikanische landgestützte Mittelstreckenraketen „SM-6“ und Überschallraketen „Dark-Eagle“ sowie „Tomahawk“ Marschflugkörper stationiert werden. Diese Raketen könnten in wenigen Minuten russische Kommandozentralen vernichten. Damit wäre Deutschland ein vorrangiges Ziel für – schlimmstenfalls auch atomare – Angriffe von Russland.

Deutschlands und Europas Sicherheitslage würde erheblich schlechter. Eine neue gefährliche Runde des Wettrüstens wäre eingeleitet. In den 80er-Jahren wurde die geplante Stationierung noch als Nato-Doppelbeschluss mit der Option des beidseitigen Verzichts auf landgestützte Mittelstreckenraketen verknüpft. Dies wäre heute noch notwendiger, da wegen der höheren Geschwindigkeit der Raketen selbst die Gefahr eines Atomkriegs aus Versehen immens zunimmt.

Stellen Sie sich prinzipiell gegen die Stationierung dieser hochgefährlichen Waffen oder setzen Sie sich wenigstens dafür ein, diese mit Hilfe von Verhandlungen und neuen Abrüstungsverträgen zu verhindern?

Als Linke stehen wir konsequent für Frieden, Diplomatie und Abrüsten. Dementsprechend lehnen wir auch die Stationierung neuer gefährlicher Waffen in Deutschland ab. Trotz der Gefahr, die derzeit von Russland ausgeht, halten wir ein gegenseitiges Wettrüsten für den falschen Weg. Die Geschichte zeigt, wie solche Maßnahmen Spannungen erhöhen, anstatt Frieden zu fördern. Stattdessen fordert wird Verhandlungen und eine Rückkehr zu Abrüstungsverträgen, um Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass wir auch Donald Trump nicht für einen verlässlichen Partner halten. Die Sicherheit Deutschlands und Europas in dessen Hände zu legen, erscheint uns unverantwortlich. Deutschland darf nicht zum Spielfeld und damit potenziellen Opfer der Großmachtfantasien beider Seiten werden. Im Sinne des Friedens, unserer historischen Verantwortung, des Wohlergehens und des Klimas setzen wir uns für eine neue Entspannungspolitik ein: Den Frieden Europas können wir nur durch ein Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands gewährleisten. Wir sagen nicht, dass das einfach ist oder dass wir Präsident Putin für einen vertrauensvollen Ansprechpartner halten. Aber wir sagen, dass es notwendig ist!

Frage 2:

Die NATO- Staaten geben pro Jahr etwa 10 mal so viel Geld für ihr Militär aus wie Russland (Nato: 1.190 Milliarden - Russland 127 Milliarden, Greenpeace-Studie von 2024). In allen nichtnuklearen Waffensystemen (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, U-Boote und Artillerie) verfügt die NATO über wenigstens dreimal so viele Waffensysteme wie Russland.

Sind Sie angesichts dieser Zahlen auch dafür, die angekündigten Erhöhungen für Rüstungsausgaben abzulehnen?

Auf jeden Fall! Diese Zahlen verdeutlichen ja, dass die NATO-Staaten bereits jetzt ein überwältigendes Übergewicht an militärischen Ressourcen besitzen. Es gibt keinen rationalen Grund, dieses Ungleichgewicht weiter zu vergrößern. Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, die immensen Gelder, die in Rüstung fließen, sinnvoller einzusetzen – für Bildung, soziale Sicherung, den Klimaschutz und internationale Zusammenarbeit.

Die immer weiter steigenden Rüstungsausgaben führen nicht zu mehr Sicherheit, sondern erhöhen das Risiko von Spannungen und Konflikten. Anstatt auf Wettrüsten zu setzen, sollten wir die Spirale der Aufrüstung durchbrechen und uns für Abrüstungsverhandlungen, Vertrauensbildung und Diplomatie einsetzen. Gerade in Zeiten, in denen soziale Ungleichheit wächst und die Klimakrise dringende Maßnahmen erfordert, ist es moralisch und politisch unverantwortlich, noch mehr Geld in Waffen zu investieren.

Deutschland sollte hier ein Zeichen setzen und die Mittel in den Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt investieren. Sicherheit wird nicht durch Panzer und Raketen erreicht, sondern durch stabile Gesellschaften, starke internationale Institutionen und eine Politik, die sich auf Kooperation statt Konfrontation stützt.

Frage 3:

Der Bundeswehretat stieg in den letzten 10 Jahren von € 34 Mrd. auf € 53 Milliarden.

Stimmen Sie zu, dass es jetzt an der Zeit wäre, die Etats für Gesundheit, Bildung und Soziales in diesem Ausmaß zu erhöhen?

Ja, ich stimme dem voll und ganz zu. Der Anstieg des Bundeswehretats in den letzten zehn Jahren zeigt, wie politische Prioritäten gesetzt wurden – zugunsten von Aufrüstung und militärischer Stärke, während zentrale Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Soziales vielfach unterfinanziert geblieben sind.

Wir erleben eine wachsende soziale Ungleichheit, einen Pflegenotstand, überlastete Bildungseinrichtungen und eine zunehmende Unsicherheit im Alltag vieler Menschen. Die Coronakrise hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, wie wichtig ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem ist, und dennoch werden dringend benötigte Mittel für Krankenhäuser, Pflegepersonal und die Bekämpfung von Armut weiterhin zurückgehalten. Ähnlich verhält es sich mit dem Bildungssystem, wo Lehrkräftemangel, marode Schulen und ungleiche Bildungschancen den Alltag prägen.

Jetzt ist es an der Zeit, umzudenken: Statt Milliarden in Rüstung zu stecken, sollten wir diese Mittel nutzen, um die soziale Infrastruktur zu stärken, in Klimaschutz zu investieren und Bildung für alle zugänglich und qualitativ

hochwertig zu machen. Sicherheit bedeutet für die Menschen, Zugang zu guter Gesundheitsversorgung, bezahlbarem Wohnraum, Bildungschancen und sozialer Gerechtigkeit zu haben – nicht mehr Panzer oder Raketen.

Ein Haushalt, der diese Prioritäten setzt, wäre nicht nur gerechter, sondern würde auch dazu beitragen, die sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

Frage 4:

Die Nato-Staaten haben bei allen schweren Waffengattungen (Kampfflugzeuge, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe, U-Boote drei bis 5 mal so viele Waffen wie Russland (z.B. Kampfflugzeuge: Nato: 5406 - allein in Europa: 2073 - Russland: 1026, Greenpeace-Studie vom 11.11. 2024).

Stimmen Sie zu, dass die Angstmache, wir seien durch einen konventionellen Angriff Russlands bedroht, endlich aufgegeben werden muss? Und dass wir nicht kriegs- sondern angesichts der (r)echten Gefahr doch eher „demokratietüchtig“ werden müssen?

Ich muss ehrlich sagen, dass mir bei dem Wort „kriegstüchtig“ irgendwie übel wird. Unsere Gesellschaft sollte vieles werden: demokratietüchtig, friedentüchtig, klimatüchtig, gerechter, solidarischer, weltoffener, nachhaltiger. Aber kriegstüchtig?! Dafür sehe ich keinen Bedarf! Eher gesagt macht mir diese Rhetorik Angst: Unserer Geschichte warnt uns laut genug, nicht in eine Militarisierung der Gesellschaft zurückzufallen. Dem Vaterland „dienen“ oder „Führung“ übernehmen, wie es in der Werbung der Bundeswehr propagiert wird – ich kriege da Beklemmungen. Und ich will auch nicht, dass Offizier*innen dieses Programm in unsere Schulen tragen.

Die ständige Angstmache vor einer angeblichen konventionellen Bedrohung durch Russland dient nur dazu, hohe Rüstungsausgaben zu rechtfertigen und der Rüstungsindustrie fette Gewinne zu sichern. Aber Angst ist nie ein guter Ratgeber: Statt immer neue Milliarden in Panzer und Kampfflugzeuge zu investieren, sollten wir uns darauf konzentrieren, unsere Demokratien zu stärken und die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, die tatsächlich unsere Stabilität gefährden. Dazu gehören soziale Ungleichheit, die Klimakrise, rechte Gewalt und der zunehmende Einfluss von Antidemokraten. Eine „demokratietüchtige“ Gesellschaft bedeutet, dass wir die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit hochhalten und sicherstellen, dass alle Menschen daran teilhaben können.

Sicherheit entsteht nicht durch mehr Waffen, sondern durch Vertrauen, Dialog und soziale Stabilität. Deshalb fordere ich, dass wir die Spirale der Militarisierung durchbrechen und stattdessen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und den Ausbau demokratischer Strukturen investieren. Eine Gesellschaft, die sich auf diese

Werte stützt, ist weitaus widerstandsfähiger gegenüber jeglichen Bedrohungen – ob von innen oder außen.

Frage 5:

Mit dem Krieg in Afghanistan sollte unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt werden. Er fand nach 20 Jahren ein desaströses Ende, nachdem mehrere hunderttausend Menschen gestorben und Billionen Dollar verschleudert worden waren.

Und schon im Februar 2023 erklärte der Chef des US-Generalstabs, Mark Milley, bezogen auf den Ukraine-Krieg, dass dieser wohl für keine der beiden Seiten militärisch zu gewinnen sei und nur durch eine Verhandlungslösung beendet werden könne. Anderenfalls droht die Gefahr, dass weitere Hunderttausende Menschen sterben, und wieder hunderte Milliarden Dollar vergeudet werden.

Bereits Ende März 2022 legte Selenskyj bei den Istanbul Verhandlungen einen 10-Punkte-Plan zur Beendigung des Ukraine-Krieges vor. Dem stimmte auch Russland weitgehend zu.

Sind Sie dafür, den Krieg in der Ukraine möglichst schnell durch Verhandlungen zu beenden, statt endlos neue Waffen zu liefern?

Ja, ich bin dafür, den Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich durch Verhandlungen zu beenden, anstatt ihn durch die Lieferung immer neuer Waffen weiter zu verlängern. Nicht erst der Krieg in Afghanistan hat uns gelehrt, dass militärische Konflikte nicht durch endlose Gewalt gelöst werden können. Stattdessen kosten sie unzählige Menschenleben, führen zu unermesslichem Leid und verbrauchen Ressourcen, die dringend für andere Herausforderungen benötigt werden. Zurück bleibt ein zerstörtes Land und eine traumatisierte Bevölkerung.

Die Aussage, dass der Krieg in der Ukraine militärisch kaum zu gewinnen ist, unterstreicht die Notwendigkeit, eine Verhandlungslösung zu suchen. Nicht, weil wir uns nicht alle wünschen, dass die Ukraine die Gewalt Russlands erfolgreich zurückschlagen könnte, sondern einfach weil wir sehen, dass es so wie bislang nicht gehen wird: jedes der geforderten Waffensysteme wurde als der „Gamechanger“ vorgestellt, aber keines hat die Entscheidung gebracht. Stattdessen kamen immer neue Forderungen nach immer neuen Waffen und absolut nichts wurde für die Menschen in der Ukraine besser. Wir sind jetzt im dritten Kriegswinter! Die Menschen in der Ukraine brauchen Frieden, keine endlose Kriegsführung. Die internationale Gemeinschaft hat die Verantwortung, diesen Prozess aktiv zu unterstützen und alles daran zu setzen, eine weitere Eskalation zu verhindern.

Ich setze mich für eine Politik ein, die Frieden und Diplomatie priorisiert. Sich für Verhandlungen auszusprechen bedeutet dabei nicht, von der Ukraine eine

bedingungslose Kapitulation zu fordern - das sollte sich eigentlich von selbst verstehen, aber ich betone es nochmal ausdrücklich. Es bedeutet, umzudenken und in eine andere Logik zu schalten. Auch hier werden sich nicht innerhalb von einigen Tagen Erfolge einstellen. Auch „Friedenstüchtigkeit“ ist eine Anstrengung. Aber wir müssen sämtliche diplomatischen Kanäle nutzen, um Verhandlungen zu unterstützen und Kompromisse zu fördern. Frieden wird nicht durch Bomben erreicht, sondern durch Dialog, Vertrauen und den Willen aller Parteien, eine nachhaltige Lösung zu finden. Jeder weitere Tag Krieg hingegen verlängert das Leid, kostet Menschenleben, zerstört Städte und erhöht das Risiko einer weiteren Eskalation. Das zu verhindern, ist jede Anstrengung wert.

Frage 6:

In den letzten Jahrzehnten waren alle Versuche, Menschenrechte, Demokratie und Freiheit mit militärischen Mitteln zu erkämpfen – wie z.B. in Somalia, dem Irak, in Libyen in Syrien oder in Afghanistan katastrophal erfolglos. Die amerikanische Politologin Prof. Erica Chenoweth konnte zudem zeigen, dass jene Völker, die in den letzten 110 Jahren versuchten, Demokratie und Freiheit ohne militärische Gewalt zu erringen, viel öfter erfolgreich waren als jene, die es mit militärischer Gewalt versuchten.

Sind Sie angesichts dieser Erkenntnisse dafür, weniger auf militärische Gewalt zu setzen, sondern Strategien des zivilen Widerstands zu entwickeln und zu trainieren?

Auf jeden Fall. Wer nur in militärischer Logik denkt, dem fällt halt auch nichts anderes ein, wie mit Konflikten umzugehen ist. Die Forschung von Chenoweth zeigt aber: es gibt nicht nur Alternativen, sie funktionieren auch besser und sind nachhaltiger.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte – von Afghanistan bis Libyen – haben gezeigt, dass selbst bei dem besten Ziel, dem Versuch, Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten, militärischer Zwang der falsche Weg ist. Das ist katastrophal gescheitert! Deutschland und die internationale Gemeinschaft sollten daher ihre Ressourcen nicht in militärische Konflikte investieren, sondern in die Förderung von Bildung, zivilgesellschaftlichem Engagement und gewaltfreien Widerstandsstrategien. Dies umfasst die Unterstützung von Initiativen, die zivile Konfliktlösungen, Dialog und Friedensbildung vorantreiben, sowie die Ausbildung von Mediatoren und die Stärkung lokaler Strukturen, die Gewalt verhindern können.

Eine Welt, die auf Dialog, Zusammenarbeit und zivile Lösungen setzt, ist nicht nur gerechter, sondern auch sicherer. Dies ist der Weg, den ich unterstütze und für den ich mich einsetze.

Frage 7:

Obwohl die Nato Russland in allen konventionellen Waffengattungen um ein Mehrfaches überlegen ist, wird immer wieder behauptet, dass man einen Angriff Russlands trotzdem befürchten müsse, da der russische Präsident Putin völlig unberechenbar sei und wir eben auch mit überschießenden und völlig unvernünftigen Angriffen rechnen müssen.

Nur bei Atomwaffen herrscht ein strategisches Gleichgewicht zwischen Russland und den Nato-Staaten. Putin hat nun mehrfach gedroht, im Zweifelsfall, wenn es für die Vertretung russischer Interessen nötig sei, auch atomare Waffen zum Einsatz zu bringen. Wenn man auf eine daraus erwachsende Atomkriegsgefahr hinweist, erklärt der Kanzlerkandidat der Union, dass dies unangemessene Angstmache sei, man könne davon ausgehen, dass Putin keine Atomwaffen einsetzen werde.

Wie haben Sie für sich diese Dissonanz aufgelöst? Sind Sie der Ansicht dass Putin doch so berechenbar ist, dass wir den Angriff mit konventionellen Waffen gar nicht befürchten müssen und es einer weitere Aufrüstung der Nato gar nicht bedarf oder sind Sie mit uns der Ansicht, dass man nicht sicher sein kann, dass Putin auf jeden Fall auf den Einsatz atomarer Waffen verzichten wird und deshalb die Erhöhung der Atomkriegsgefahr durch die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf jeden Fall vermieden werden muss?

Die Widersprüchlichkeit in der Argumentation derer, die eine weitere Aufrüstung der NATO rechtfertigen möchten, ist offensichtlich. Einerseits wird Putin als so unberechenbar dargestellt, dass selbst irrationale Angriffe befürchtet werden, andererseits wird behauptet, er sei berechenbar genug, um den Einsatz atomarer Waffen zu vermeiden. Beide Aussagen schließen sich gegenseitig aus und zeigen, dass die Aufrüstungspolitik nicht auf kohärenten Überlegungen basiert, sondern auf der Schaffung von Angst, um militärische Investitionen zu rechtfertigen.

Nun bin ich selbst natürlich kein Militärstrategie. Aber am Ende ist es auch nicht der entscheidende Unterschied, ob Menschen in einem konventionellen oder einem Atomkrieg sterben. Beides müssen wir nach Kräften verhindern. Und dabei kommen wir nur weiter, wenn wir Putin für einen rational agierenden Menschen halten – denn wenn er völlig unberechenbar ist und stets alles passieren kann, können wir uns ja gar nicht zielvoll verhalten.

Unser Ziel muss also sein, auf Deeskalation zu setzen und wieder Gespräche zu führen. Eine nachhaltige Sicherheitsstrategie – egal ob hinsichtlich atomarer oder konventioneller Kriegsgefahren - beruht nicht auf Provokation und Wettrüsten, sondern auf Diplomatie und Abrüstungsverträgen. Die Erfahrungen des Kalten Krieges haben gezeigt, dass nur durch Dialog und klare Regeln, wie etwa den INF-Vertrag, das Risiko eines Atomkriegs effektiv gesenkt werden kann.

Ich bin daher der festen Überzeugung, dass die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und die Erhöhung der (Atom-)Kriegsgefahr unbedingt

vermieden werden müssen. Unsere Politik sollte darauf abzielen, Frieden zu sichern und nicht die Welt durch unnötige Militarisierung noch gefährlicher zu machen.